

Bekeris & Buss in der Bürgerschaft



SPD

DER NEWSLETTER FÜR BARMBEK, DULSBURG, HOHENFELDE UND UHLENHORST

Nummer 2/2010

30. April 2010

Werden Sie Schulverbesserer! Stimmen Sie beim Volksentscheid für die Schulreform

Am 18. Juli entscheiden alle Hamburgerinnen und Hamburger über die Zukunft des Hamburger Schulwesens – also auch Sie. Schon ab dem 7. Juni können Sie per Briefwahl abstimmen. Unsere herzliche Bitte an Sie: Nehmen Sie an der Abstimmung teil! Stimmen Sie für die Schulreform!

Kern der Reform ist die Verlängerung der Grundschulzeit auf sechs Jahre. Die längeren Grundschulen heißen dann Primarschulen. Das ist ein wichtiger Schritt für mehr Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit! Wir wissen seit langem: Die frühe Trennung der Kinder auf die verschiedenen Schulformen schafft große Ungerechtigkeiten. Denn die Trennung erfolgt nicht allein nach der Leistungsfähigkeit der Kinder, im Gegenteil. Ausschlaggebend sind vielmehr der soziale Status und der Bildungs-

grad der Eltern. Viele Untersuchungen zeigen: Ein Kind aus einer weniger privilegierten Familie hat weit geringere Chancen, das Abitur zu machen, selbst wenn es in der Grundschule die gleichen Leistungen erbringt wie ein Kind aus einem gehobenen Elternhaus. Das darf nicht länger sein! Alle Kinder haben ein Recht auf gleiche, faire Bildungschancen. Deshalb ist längeres gemeinsames Lernen so wichtig.

Viele Eltern haben Angst, ihre leistungsstarken Kinder könnten dadurch benachteiligt werden. Doch diese Angst ist unbegründet. Viele andere Länder beweisen seit langem, dass alle Kinder vom gemeinsamen Lernen profitieren. Entscheidend dafür sind moderne Unterrichtsformen, die jedem einzelnen Kind mit seinen individuellen Stärken und Schwä-

chen gerecht werden. Dafür braucht man genügend und gut ausgebildete Lehrkräfte. Die SPD hat in den Verhandlungen mit dem Senat dafür gesorgt, dass das so sein wird.

Und wir haben den Erhalt des Elternwahlrechts durchgesetzt. Nun muss niemand mehr Angst haben, dass andere über die eigenen Kinder bestimmen. Deshalb sagen nun auch wir Sozialdemokrat/innen: Die Einführung der 6jährigen Primarschule ist richtig! Sie wird allen Kindern zu Gute kommen, sie wird für faire Chancen und mehr Gerechtigkeit sorgen. Deshalb rufen wir Sie auf: Stimmen Sie für die Schulreform!

**Hinweis (s. Termine, S. 4):
Info-Stand zur Schulreform
Am 22.5.2010, 11-14 Uhr
Fuhlsbüttlerstr. 110-112**

In dieser Ausgabe:

DRAMATISCHER RÜCKGANG DER POLIZEIPRÄSENZ IN BARM-	2
KETTE AUS 120.000 MENSCHEN ZWISCHEN AKW BRUNSBÜTTEL UND KRÜMMEL	2
WAHLKREISVERANSTALTUNG: LÄRMSCHUTZ AN STRABE UND SCHIENE	3
HÄNDE WEG VOM MUSEUM DER ARBEIT! SPD VERLANGT ERHALT DES MUSEUMS IN BARMBEK	3
IN HAMBURG FEHLEN WEITER WOHNUNGEN FÜR SOZIAL SCHWACHE	3
KONTAKT ZU DEN SPD-WAHLKREISBÜROS	4
BUCH-TIPP: „Freitags isst man Fisch“	4
TERMINE/VERANSTALTUNGEN	4

**Durch die rote Brille.
Der Kommentar
auf Seite 1**

Einem Senatspapier entsprechend will die Sozialbehörde allein bis Ende kommenden Jahres durch höhere Preise für das Mittagessen und höhere Regelsätze für die Kita-Betreuung 30 Millionen Euro zusätzlich einnehmen – ohne dabei die Qualität der Kinderbetreuung zu verbessern. Bis zu 100 € mehr im Monat, für alle Kita-Kinder eine Erhöhung des Essens-

Senat erhöht schamlos die Kita-Gebühren: Ausgrenzung von vielen Kindern droht!

gelds und außerdem saftige Gebührenerhöhungen für behinderte Kinder sieht der Plan des schwarz-grünen Senats vor. 70 000 Eltern müssen mehr Essensgeld bezahlen, 19 000 darüber hinaus höhere Gebühren. Auf 3 900 Eltern kommen Erhöhungen von mehr als 30 Prozent zu. Familien-, Frauen- und arbeitsmarktpolitisch völlig unsinnig ist das Vorhaben, bei höheren Einkommen

die Geschwisterkindregelung abzuschaffen. Damit werden mehr Frauen zu Hause bleiben, weil bei zwei oder drei Kindern die Kita schlicht zu teuer wird.

Zynismus ist Senator Wersich vorzuhalten als Rechtfertigungsversuch für die massiven Erhöhungen für Eltern behinderter Kinder die UN-Behindertenrechtskonvention heranzuziehen und von "Normalisierung" zu sprechen.

Bisher zahlten Eltern 31 Euro für die Betreuung ihrer behinderten Kinder. Geplant ist jetzt ein Beitrag nach Höhe des Einkommens. Insgesamt wären in Hamburg rund 1800 Familien mit behinderten Kindern betroffen.

Es zeigt sich deutlich, dass nicht nur – wie ursprünglich angekündigt – die bisher gedeckelten Höchstbeiträge für Bezieherinnen und Bezieher höherer Nettoeinkommen

Bekeris & Buss in der Bürgerschaft

Fortsetzung S. 1 Senat erhöht schamlos die Kita-Gebühren

erhöht werden. Besonders empörend ist die Lage von Eltern, die von Hartz IV leben müssen: Sie profitieren zwar nicht von der Kindergelderhöhung, müssen aber trotzdem ein erhöhtes Essensgeld für die Kitas aufbringen. Das ist absolut ungerecht und zeigt erneut, für welche Klientel der schwarz-grüne Senat Politik macht.

Sozialsenator Dietrich Wersich (CDU) macht gar nicht erst den Versuch, seine Einschnitte fachlich zu begründen. Das macht deutlich, dass es hier nur um Kürzungen zugunsten des Haushalts geht. Dies ist die Folge der desolaten Finanzpolitik des Senats: auf der einen Seite überteuerte Prestigeprojekte und auf der anderen Seite der feh-

lende Willen, die Reichen zur Kasse zu bitten. So sperrt der Senat sich gegen die Einführung der Vermögenssteuer und setzt sich nicht für eine genaue Steuerprüfung von Einkommensmillionären und Großbetrieben ein. Für das selbstverschuldete Haushaltsloch des Senats sollen nun die Eltern bluten.

Kette aus 120.000 Menschen zwischen AKW Brunsbüttel und Krümmel: Hände weg vom Atomausstieg!

Das war der bisher größte Protest gegen Atomkraftwerke in Deutschland. 120.000 Menschen protestierten mit einer Menschenkette zwischen den Atomkraftwerken Brunsbüttel und Krümmel am 24. April

2010 auf einer Strecke von mehr als 120 Kilometern Länge. Auch die SPD hat mobilisiert und mit vielen Menschen am Protest teilgenommen. Dies war ein deutliches Signal an die Bundesregierung, die

Laufzeiten der AKWs nicht zu verlängern und den Ausstieg aus der Atomkraft nicht zurückzudrehen. Denn: Hin zu alternativen Energien und „Ja“ zu einer sauberen Zukunft!



© S. Mietzner

Informations- und Diskussionsveranstaltung: Lärmschutz auf Straße und Schiene in Barmbek

Lärmbelästigung hat sich zu einem der großen Umweltprobleme entwickelt. Immer häufiger fühlen sich viele Bürgerinnen und Bürger massiv vom Lärm, der vor allem vom Straßen- und Schienenverkehr ausgeht, gestört und in ihrer körperlichen Wohlbefinden beeinträchtigt. In Barmbek gibt es seit Jahren intensive Auseinandersetzungen beispielsweise um die Güterumgehungsbahn und eine Senkung des Verkehrslärms in der Fuhlsbüttler Straße oder auch im Bereich Hamburger Straße/Barmbeker Markt.

die Bürgerschaftsabgeordnete, Ksenija Bekeris, am 16. April 2010 zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung in den Seniorentreff der AWO, am Habichtplatz, ein. Hinzu kamen zur Diskussionsrunde Dr. Monika Schaal, Bürgerschaftsabgeordnete und umweltpolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Lars Möller, Bürgerliches Mitglied im lokalen Regionalausschuss, sowie Funda Gür und Neidhart Genz, Bezirksabgeordnete der SPD.

Nachdem Monika Schaal einige allgemeine Ausführun-

gen zum Zusammenhang von Lärm, Umweltfragen und Belastung für Bürgerinnen und Bürger machte, kamen aus dem Publikum Fragen zu den Themen Lärmschutz am Bahnhof Barmbek (Verzögerung der Errichtung der Lärmschutzwände) und Lärmbelästigung durch den alltäglichen Straßenverkehr.

Die Abgeordneten der Bürgerschaft und der Bezirksversammlung Nord nahmen die Ideen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger auf und versprachen, sich für einige der Anliegen möglichst zeitnah einzusetzen.

WILFRIED BUSS:
„GEFÄHRLICHER
VERLUST AN
POLIZEIPRÄSENZ
IN UNSEREM
STADTTEIL!“

Dramatischer Rückgang der Polizeipräsenz in Barmbek

Die SPD-Bürgerschaftsabgeordneten Ksenija Bekeris und Wilfried Buss warnen vor einem "gefährlichen Verlust an Polizeipräsenz in unseren Stadtteilen". Die Zahl der Präsenzstunden der Polizei ging in den zusammengelegten Polizeikommissariaten 31 (Uhlenhorst) und 32 (Barmbek)

um 36% von 23.563 Stunden im Jahr 2009 auf 15.055 Stunden im Jahr 2008 zurück. Ksenija Bekeris übt deutliche Kritik an der Entwicklung: „Die Zahlen beweisen, dass die Stellenstreichungen bei der Polizei und die Abschaffung der Dienstgruppe Präsenz im letzten Jahr sehr

deutlich zu Lasten der bürgernahen Polizeiarbeit gehen.“ Wilfried Buss fordert, „endlich die aufgeblähten Stäbe und Führungsetagen in Polizei und Innenbehörde in den Fokus zu nehmen, statt an den Präsenzstunden zu sparen“.

Hände weg vom Museum der Arbeit! SPD verlangt Erhalt des Museums in Barmbek

Hamburgs Museen sind chronisch überschuldet. Nachdem sie jahrelang tatenlos zugesehen hatte, lässt die Kultursenatorin jetzt hektisch alle möglichen Sparpläne entwerfen, nur um sie sogleich wieder zu dementieren. So war wohl auch die Schließung des Museums der Arbeit in Barmbek im Gespräch, bzw. seine Verlagerung in das Hafenumuseum an den historischen "50er Schuppen", das nun – nach ebenfalls langer Verzögerung – endlich ausgebaut werden soll.

Inzwischen ist die Schließung oder Verlagerung des Museums zwar dementiert, doch für den Barmbeker SPD-Abgeordneten und Kulturexperten Wilfried Buss ist klar: „Wir werden wachsam

bleiben, denn man kann nie wissen, welche Haken die Kultursenatorin in ihrem Finanzchaos noch schlägt.“

Das Hauptproblem der Hamburger Museen – die strukturelle Unterfinanzierung der Museumsstiftungen – ist nach wie vor ungelöst. Die politische Verantwortung dafür liegt allein beim Senat, denn die Kultursenatorin war als Vorsitzende des Stiftungsrates stets über die Entwicklung im Bilde. Doch anstatt rechtzeitig entgegenzusteuern, hat sie die Museen zu immer neuen kostspieligen Prestigeprojekten gedrängt, ohne gleichzeitig das nötige Kosten-Controlling einzuführen.

Die SPD-Abgeordneten Wilfried Buss und Ksenija Bekeris unterstützen die Forderungen des engagierten Vereins „Freunde des Museums der Arbeit“: Keine Schließung oder Verlagerung des Museums; keine weitere „stille Austrocknung“: Freie Stellen müssen endlich besetzt, nötige Sanierungen durchgeführt werden; Mitbestimmung des Freundeskreises bei der weiteren Gestaltung des Museums. Bekeris und Buss stimmen überein: „Hände weg vom Museum der Arbeit, Frau Senatorin! Die Kulturstadt Hamburg braucht ein Museum der Industrie- und Sozialgeschichte, und Barmbek ist der richtige Ort dafür.“



© B. Schmidt-Janssen

In Hamburg fehlen weiter Wohnungen für sozial Schwache! Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Hamburg

Am 14. April lud die Sozialbehörde zu einer Fachtagung zum Thema „Wege aus der Obdachlosigkeit“ ein. Es kamen zahlreiche Vertreter/-innen aus sozialen Einrichtungen, Vereinen und Organisationen zusammen, um sich über Obdachlosigkeit in Hamburg auszutauschen und gemeinsam nach Möglichkeiten der Verbesserung der Unterstützung von Menschen, die in Not geraten sind, zu suchen.

Grundsätzlich ist es begrüßenswert, so die Bürgerschaftsabgeordnete Ksenija Bekeris, dass eine solche Tagung stattfindet. Ein Austausch im Bereich der Obdachlosenarbeit ist notwendig, und eine solche Veranstaltung kann ein wichtiger Schritt für eine notwendige Verbesserung der Qualität der Unterbringung von Obdachlosen (Stichwort: Einzelzimmerunterbringung) und der gezielten Betreuung sein.

Dennoch besteht bei diesem Senat die Gefahr, so Bekeris, dass sich zum einen auf der getanen Arbeit ausgeruht und zum anderen eines der wichtigsten Themen

ausgespart wird: Es mangelt an genügendem Wohnraum für sozial Schwache in der Hansestadt.

Der Senat tut auf diesem Gebiet zu wenig. In den letzten Jahren hat die Zahl der Sozialwohnungen abgenommen, dazu gehört, dass es immer weniger Wohnungen mit Belegungsbindungen gibt. Dabei handelt es sich um Wohnungen, deren Bau bzw. Errichtung mit öffentlichen Mittel gefördert wurde. Mit der Inanspruchnahme der öffentlichen Mittel verpflichten sich die Eigentümer/-innen, die Wohnungen nur an einen bestimmten Personenkreis zu vermieten. Wer berechtigt ist, in die Wohnungen einzuziehen, wird gesetzlich festgelegt, in der Regel handelt es sich hierbei um Personen, die ein geringes Einkommen haben und einen Wohnberechtigungsschein nachweisen können.

In einer Antwort des Senates auf eine Anfrage von Frau Bekeris haben jedoch in den

letzten sechs Monaten nur sehr wenige Wohnungsunternehmen das – insgesamt schon sehr dürftige – Angebot der Stadt Hamburg in Anspruch genommen, Belegungsbindungen anzunehmen. Damit aber nicht genug: Die Wohnungsbauwirtschaft ist nur begrenzt daran interessiert, Wohnungen sozial Schwächeren anzubieten. Das zeige sich auch in der mangelnden Erfüllung der Kooperationsverträge, bei denen sich Wohnungsbaunternehmen gegenüber der Stadt verpflichtet haben, eine bestimmte Anzahl von Sozialwohnungen anzubieten.

Für sogenannte Problemhaushalte, die „sozial auffällig“ sind, interessieren sich Vermieter/-innen kaum – da nützen auch diese Art von Angeboten der Stadt wenig, da sie im Grunde nicht sanktionierbar sind und oft nur Versuche von Wohnungsbaunternehmen darstellen, ein „freundlicheres Gesicht“ zu zeigen. Es bleibt dabei: Die Stadt muss selbst Wohnungen für sozial Schwache bauen und an sie vermieten!

KSENIJA BEKERIS:
„DIE STADT
MUSS SELBST
WOHNUNGEN
FÜR SOZIAL
SCHWACHE
BAUEN UND
VERMIETEN!“

Sie haben Fragen, Anregungen, Kritik? Dann sind Sie hier richtig:

UNSERE WAHLKREISBÜROS

Abgeordnetenbüro Ksenija Bekeris
Büroleitung: Oliver Trede

Pestalozzistr. 21a
22305 Hamburg

Telefon: 040 / 51 90 69 08
Fax: 040 / 51 90 69 10
E-Mail: info@ksenija-bekeris.de

Öffnungszeiten:

Di: 10-19 Uhr
Mi-Fr: 09-13 Uhr

Webseite:

www.ksenija-bekeris.de

Abgeordnetenbüro Wilfried Buss
Büroleitung: Sönke Klages

Ifflandstr. 85
22087 Hamburg

Telefon: 040 / 61 19 83 12
Fax: 040 / 61 19 83 13
E-Mail: post@wilfriedbuss.de

Öffnungszeiten:

Mo-Fr: 10-12 Uhr
14-17 Uhr

Webseite:

www.wilfriedbuss.de

Ausschüsse Ksenija Bekeris

- Eingabenausschuss
- Schulausschuss
- Sozial- und Gleichstellungsausschuss
- Wissenschaftsausschuss

Ausschüsse Wilfried Buss

- Eingabenausschuss
- Kultur-, Kreativwirtschafts- und Tourismusausschuss

Buchtipp: Ilja Bohnet & Ann Monika Pleitgen: „Freitags isst man Fisch“

Der Erstling des Autorenpaars Pleitgen und Bohnet spielt nicht nur in Hamburg, sondern zu guten Teilen sogar auf der Uhlenhorst. Das ist kein Zufall, denn beide Autoren (Mutter und Sohn!) sind in Uhlenhorst verwurzelt, die Mutter lebt heute noch hier. So lassen sie unter anderem den legendären „Dennis Swing Club“ am Hofweg wieder aufleben.

Der Krimi spielt im Jahr 1989 und handelt von einer jungen Studentin, die

mehr oder weniger zufällig in einen Mordfall verwickelt wird, und alles daran setzt, ihn aufzuklären. Dabei treibt sie nicht so sehr das kriminalistische Interesse, sondern die Liebe – und die verleitet uns bekanntlich dazu, besonders unvorsichtig zu sein. Dementsprechend kommt es zu allerlei brenzligen Situationen, so dass für genügend Spannung gesorgt ist. Aber auch der Spaß kommt nicht zu kurz, und ein bisschen Herzklopfen gibt es auch... Das alles flott und mitreißend geschrieben;

wer also noch nichts hat für den Frühling auf dem Balkon, dem sei dieses Buch empfohlen!

Verlag: *Argument Verlag*

Seiten: 248

Preis: 11 Euro



© M. Völtz/pixelio
www.pixelio.de

Termine

- 12.5.2010: Bürger/-innensprechstunden Ksenija Bekeris, Wahlkreisbüro, Pestalozzistr., 14-16 Uhr
- 22.5.2010: Info-Stand zur Schulreform, Ksenija Bekeris gemeinsam mit Michael Neumann (SPD-Fraktionsvorsitzender) und Ties Rabe (SPD-Schulexperte), Fuhlsbüttlerstr. 110-112 (bei McDonald's), 11-14 Uhr
- 25.5.2010: Reihe „Hamburg aktiv leben“, Besuch bei Blohm & Voss, 9:30 Uhr, Interessenten melden sich bitte im Bürger/-innenbüro von Wilfried Buss
- 14.6.2010: Reihe „Hamburg aktiv leben“, Besuch bei Lufthansa-Technik, 9:30 Uhr, Interessenten melden sich bitte im Bürger/-innenbüro von Wilfried Buss
- 16.6.2010: Mieter/-innenberatung Wilfried Buss, Wahlkreisbüro, Ifflandstr., 16-18 Uhr, Interessenten melden sich bitte vorher im Bürger/-innenbüro von Wilfried Buss